

Rotenburg: 19jährige erdrosselte ihr Kind

Ehemann Messer in den Rücken gestochen

Rotenburg (u/jno). Mit einem Kabel erdrosselt hat am Dienstagmorgen in ihrer Wohnung in der Brückengasse in Rotenburg eine 19jährige Mutter ihren einjährigen Sohn.

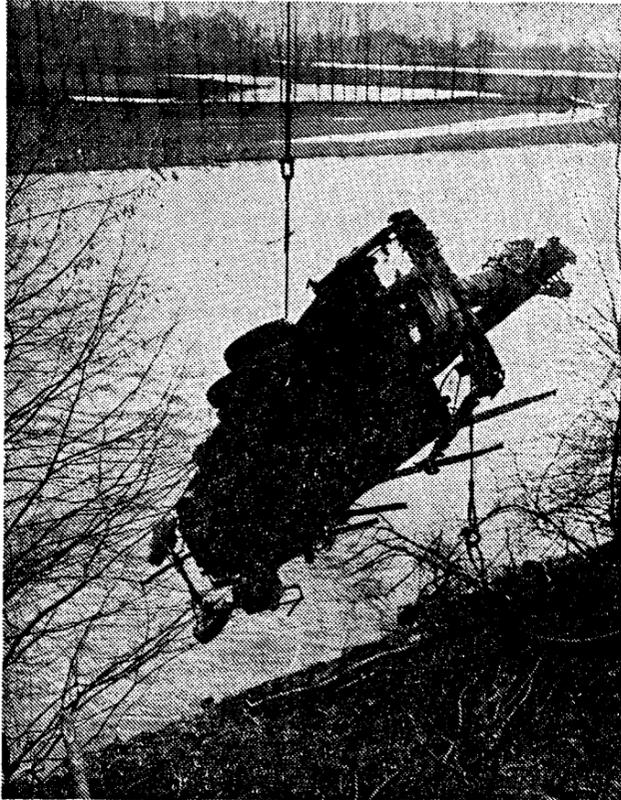
Wie die bisherigen Ermittlungen der Kriminalpolizei Bad Hersfeld ergaben, begann das Drama in der jungen Familie — die 19jährige Deutsche ist mit einem 19jährigen Türken verheiratet, sie hatten ein Kind — schon vor einigen Tagen mit ständig härter werdenden Streitigkeiten, die schließlich am Montagmorgen dazu führten, daß die Frau ihrem auf dem Sofa schlafenden Ehemann ein Küchenmesser in den Rücken stieß. Es prallte an einer Rippe ab und verbog sich.

Zu Hilfe herbeieilende Nachbarn sorgten für die Überführung des Verletzten in das Kreis Krankenhaus Rotenburg, wo der 19jährige nach ambulanter Behandlung wieder entlassen werden konnte. Er ging jedoch aus Furcht vor seiner Frau — so die Polizei — nicht nach Hause, sondern versteckte sich bei Nachbarn, die auch den Aufenthaltsort des Mannes gegenüber der jungen Frau

verschwiegen, als sie am Dienstagfrüh nach ihm suchte. Als Nachbarn in der Wohnung der 19jährigen nachschauten, entdeckten sie das leblos erscheinende Kind und den Versuch der jungen Frau, Tabletten zu schlucken. Durch Überredung gelang es, die 19jährige mit dem Kind zu einem Arzt zu bringen. Dort stellte man den Tod des Jungen fest und informierte sofort die Polizei.

Nach ersten Vernehmungen gab die Frau Zerwürfnisse in der jungen Ehe als Grund für ihr Handeln an. Sie habe das Kind mit einem Elektrokabel getötet und dann versucht, sich mit Tabletten das Leben zu nehmen.

Die Staatsanwaltschaft Kassel ordnete eine Obduktion der Kindesleiche an und beantragte Haftbefehl gegen die 19jährige, über den heute der Rotenburger Amtsrichter entscheiden wird.



Erdbeben: Lkw stürzte in die Weser

Zum tödlichen Verhängnis wurde für den 56jährigen Holzfuhrunternehmer Karl Volle aus dem Oberweser-Ortsteil Gieselwerder (Kreis Kassel) gestern in den frühen Morgenstunden ein Erdbeben an der Bundesstraße 80 zwischen Münden und Reinhardshagen. Volle war in Richtung Münden unterwegs, als vom Hang des Reinhardswaldes Bäume, die sich nach Polizeiangaben infolge des Tauwetters aus der dünnen Erdschicht gelöst hatten, auf den Lastzug niederschlugen. Das Fahrzeug schleuderte über die Fahrbahn und stürzte eine rund zwölf Meter hohe Böschung hinab in die

Weser. Als die von einem nachfolgenden Verkehrsteilnehmer informierte Polizei aus Münden eintraf, war von dem versunkenen Lkw nichts mehr zu sehen. In einer komplizierten Bergungsaktion gelang es Tauchern der Berufsfeuerwehr Kassel und einer in Münden stationierten Pioniereinheit erst nach Stunden, den tödlich verletzten Fahrer aus dem zertrümmerten Führerhaus zu bergen. Mit einem aus Kassel angeforderten Spezialkran konnte der Lastzug an Land gehoben werden. Die B 80 blieb den ganzen Tag über gesperrt. (dor/Foto: Klüver)

Immer mehr Einwohner gegen WAA-Standort Wangershausen

„Keine radioaktive Verseuchung von Eder und Stausee“

Frankenberg (a). Bei einer Unterschriftenaktion der Frankfurter Bürgerinitiative Umweltschutz in Wangershausen — der Frankfurter Stadtteil ist von der Deutschen Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) als einer der möglichen Standorte für den Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) vorgeschlagen worden — hat sich bis auf eine Ausnahme in jedem Wohnhaus mindestens ein Familienmitglied gegen die Errichtung dieser Anlage ausgesprochen.

Im engeren Bereich der Stadt Frankenberg haben sich nach der Benennung Wangershausens Bürgerinitiativen gegen den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage in Frankenberg, Winterberg und am Montag in Bromskirchen gebildet. Dort sind noch am selben Abend 71 Einwohner der Bürgerinitiative beigetreten. Vor ihrer Gründung stehen Bürgerinitiativen in Hallenberg und Rosenthal.

Inzwischen hat der hessische Minister für Wirtschaft und Technik, Hoffie, auf eine Anfrage des Korbacher Landrats Dr. Reccius mitgeteilt, daß die von den Kernkraftgegnern befürchtete radioaktive Verseuchung der Eder und des Ederstausees ausgeschlossen sei. Der Minister stellte fest, das Wasser der Eder und des Edersees müsse nach Inbetriebnahme einer Wiederaufarbeitungsanlage ohne Einschränkungen wie bisher genutzt werden können. Das gelte auch für den Fischerei- und Badebetrieb.

Diese von Dr. Reccius auch bei der DWK aufgeworfene Frage wurde von der Gesellschaft mit der Feststellung beantwortet, daß in äußerst geringen Mengen, die weit unter den gesetzlich festgelegten Werten lägen, radioaktive Stoffe in den Vorfluter gelangen könnten. Die ökologischen Verhältnisse in Bach- und Flußläufen würden dadurch jedoch nicht verändert.

„Berufliche Fortbildungsmaßnahmen für Frauen nicht einschränken“

Kassel (nh). Die nordhessische Arbeitsgemeinschaft berufstätiger Frauen in der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmer-schaft forderte auf einer Klausurtagung des Bezirksvorstandes in Kassel, bei der für dieses Jahr im öffentlichen Dienst bevorstehenden Personalratswahlen mehr Frauen in die Personalräte zu wählen.

Die Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft, Heidrun Blanckenburg (Habichtswald, Landkreis Kassel), erklärte auf der Tagung, die Frauen müßten ihre Rechte verstärkt selbst wahrnehmen.

Ferner dürfe auch die berufliche Fortbildung der Frauen

nicht eingeschränkt werden. Viele Frauen hätten einen beruflichen Nachholbedarf. Nur durch ausreichende Fortbildungsmaßnahmen für die Frauen könne auf die Dauer die wirkliche Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Arbeitsleben gewährleistet werden.

Schließlich müßten auch mehr geeignete Teilzeitarbeitsplätze für Frauen zur Verfügung gestellt werden, um den arbeitslosen Frauen eine Arbeitsmöglichkeit zu geben, die aus familiären oder persönlichen Gründen nicht ganztätig arbeiten können oder wollen.

Früherer Zweiter Landesdirektor des LWV, Dr. Stöffler, gestorben

Wiesbaden/Kassel (eg). In Wiesbaden starb im Alter von 87 Jahren der frühere Zweite Landesdirektor des Landeswohlfahrtsverbandes, Dr. Friedrich Stöffler. 1921 übernahm er beim damaligen Bezirkskommunalverband Wiesbaden das Dezernat Fürsorgeerziehung und Landesjugendamt. Während des Dritten Reiches wurde Stöffler wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ in den Ruhestand versetzt. Nach dem Zusammenbruch nahm er die Arbeit beim Bezirkskommunalverband wieder auf. Bei der Bildung des Landeswohlfahrts-

verbandes Hessen 1953 wurde Dr. Stöffler Zweiter Landesdirektor. Ihm war es mit zu verdanken, daß die Krankenhäuser und Heime des Landeswohlfahrtsverbandes von Grund auf modernisiert wurden. Aus den früheren „Irrenhäusern“ wurden Krankenhäuser für psychisch kranke Menschen.

Seine Verdienste wurden mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und der Freiherr-vom-Stein-Plakette gewürdigt. 1957 wurde Dr. Stöffler in den Ruhestand versetzt.

CDU will Debatte im Landtag über Urteil zur Oberstufe

„Neuordnung nicht auf Kosten der Schüler“

Von unserer Wiesbadener Redaktion

Wiesbaden (Eff). Eine ausführliche Debatte über die Konsequenzen des vom Staatsgerichtshof am 30. Dezember verkündeten Oberstufen-Urteils will die CDU-Fraktion für die nächste Sitzung des Landtags Ende Januar beantragen. Sie erwartet, so erklärte gestern deren parlamentarischer Geschäftsführer Kanther, daß die Landesregierung einen detaillierten Zeitplan über die schnellstmögliche Umsetzung des Richterspruchs vorlegt. Er kritisierte, daß der Kultusminister in einer ersten Stellungnahme zu dem Oberstufen-Urteil nichts mehr zu sagen gehabt habe, als daß „eine Frist für eine Neuregelung nicht gesetzt worden sei“. Dies mache in drastischer Weise deutlich, daß Krollmann offenbar keine Eile habe, den verfassungswidrigen Unterricht schnell zu beenden.

Den Hinweis des Kultusministers auf ein bundeseinheitliches Vorgehen in dieser Frage hält Kanther für „weitgehend abwegig“. In den nächsten Wochen sei das hessische Kultusministerium gut beschäftigt, „wenn es nur die hessischen Ungereimtheiten aufgelistet und Besserungsvorschläge macht“. Dazu

gehöre die Organisation der Jahrgangsstufe 11 ebenso wie die Verwirklichung des gerichtlichen Gebots, verfassungsgemäßen Geschichtsunterricht anstelle des „Einheitsbreis von Gesellschaftslehre oder Gemeinschaftskunde“ zu geben.

Die gerichtliche gebotene Neuordnung der Oberstufe dürfe nicht auf Kosten der Schüler gehen, die jetzt die gymnasiale Oberstufe besuchen, betonte der Unions-Politiker. Es sei aber durchaus möglich, schon zum Schuljahrsbeginn 1982/83 die ersten Änderungen vorzunehmen, die nur jene Schüler betreffen, die dann in die Oberstufe eintreten.

Kanther machte deutlich, daß Wahlmöglichkeiten für die Schüler erhalten bleiben müßten. Sie seien aber im Sinne des Staatsgerichtshofs-Urteils auf ein vernünftiges Maß zu begrenzen, um die allgemeine Studierfähigkeit der hessischen Abiturienten zu verbessern. In diesem Sinne komme das Urteil dem Interesse junger Menschen an einem wirkungsvollen Ausbildungsweg für ihr späteres Berufsleben entgegen.

Keine Verbesserung erwartet

Holzwirtschaft pessimistisch — „Kooperation suchen“

Kassel (ihx). Für die deutsche Holzwirtschaft sind auch 1982 keine Anzeichen auf Verbesserung ihrer prekären Situation in Sicht. Diese Ansicht vertrat gestern der Sprecher des deutschen Holzwirtschaftsrates, Direktor Hans-Wolfgang Jäger, auf einer Tagung des Hessischen Waldbesitzerverbandes in Kassel.

Ursachen für den in einigen Teilzweigen der Holzverarbeitenden Industrie „schwersten Einbruch seit der Währungsreform“ sind nach Jägers Meinung die schlechte gesamtwirtschaftliche Situation, von der besonders der Bausektor betroffen sei, aber auch die Hochzinspolitik. Vor allem die Sägeindustrie habe bereits Arbeitsplatzverluste hinnehmen müssen, bei einer Verschlechterung der Lage seien weitere Rationalisierungen nicht auszuschließen.

Die Papierindustrie müsse 1982 trotz höherer Preise wegen gestiegener Kosten und sinkendem Papierverbrauch in „roten Zahlen“ schreiben. Jäger appellierte an die Waldbesitzer, in dieser „nicht rosigen Zeit“ noch mehr als bisher die Kooperation mit der Holzverarbeitenden Industrie zu suchen.

„Jahr der Bewährung“

„Keinen Grund zur Katastrophenstimmung“ sah Forstdirektor Klaus Kamlah, der für die Waldbesitzer „1982 als das Jahr der Bewährung“ bezeichnete. Für das in etwa überschaubare erste Halbjahr riet Kamlah angesichts der erwartender Verschärfungen und teilweise unbefriedigenden Situationen im Holzverkauf zu Ruhe und Besonnenheit, um die „Durststrecke zwischen zwei Hochs zu überwinden“.

Französische Polizei stieß per Zufall auf Täter

Waffenraub aufgeklärt

Maschinenpistolen waren im Feld vergraben

Toulouse (dpa). Die französische Polizei hat in der Nacht zum Dienstag 115 Maschinenpistolen und vier schwere Maschinengewehre wiedergefunden, die am 22. November bei einem Überfall auf ein Militärlager in Südfrankreich gestohlen worden waren. Nach Angaben der Polizei von Toulouse wurde einer der Täter festgenommen.

Die Polizei stieß durch Zufall auf die Waffen, als sie die Wohnung eines Mannes durchsuchte, der einen Überfall auf zwei Geldboten begangen hatte. Dabei wurde ein Foto der gestohlenen Waffen gefunden. Der Mann gestand seine Beteiligung an dem Waffendiebstahl und führte die Beamten zu einem Feld, wo die Beute vergraben worden war.

Der Überfall auf das Militärlager war „generalstabsmäßig“ von etwa zwölf Männern ausgeführt worden. Sie überwältigten die Wachmänner und entkamen unerkannt.

Die Spekulationen nach der Tat hatten bis zu angeblichen Attentatsplänen auf den neuen Präsidenten Mitterrand gereicht. Die Polizei vertrat gestern die Meinung, es handle sich um ein Bandenverbrechen ohne politischen Hintergrund.

Einsatzwagen gestohlen

Brüssel (dpa). Aus der Kaserne der Spezialeinsatztruppe „Diane“ in Brüssel ist ein Sondereinsatzwagen mit wenigstens 25 automatischen Gewehren und 15 Maschinenpistolen sowie 2500 Patronen verschwunden. Wie gestern bekannt wurde, ist das Fahrzeug wahrscheinlich am langen Silvester-Wochenende trotz strengster Kontrollen gestohlen worden.

Die Ermittlungsbehörden untersuchen gegenwärtig, ob die Wachposten wegen der Feiertage ihre Aufsichtspflicht verletzt haben oder ob der Fahrer des Wagens eventuell gefälschte Passierscheine hatte.

Grundwasser ist in Gefahr

Wissenschaftler: Vorräte müssen geschützt werden

Aachen (dpa). Rund 70 Prozent des Trinkwassers in der Bundesrepublik kommen aus Grundwasser und Quellen. Daher müsse alles daran gesetzt werden, diese Wasservorräte vor schädlichen Einflüssen zu schützen, sagte Prof. Gerhard Rouve vom Institut für Wasserbau und Wasserwirtschaft der Technischen Hochschule Aachen gestern vor Journalisten anlässlich eines Wasserbau-Seminars über Grundwasser in Aachen. Rund 280 Wissenschaftler und Praktiker aus sechs Ländern nahmen an der zweitägigen Tagung teil.

Von der Menge her werde zwar in absehbarer Zeit genügend Grundwasser vorhanden sein, versicherte Rouve, aber die Qualität werde immer mehr Gefahren ausgesetzt, die auf Dauer allmählich bedrohlich werden könnten. Das gelte vor allem für manche chemischen Stoffe, deren Wirkungen auf das Grundwasser oft noch gar nicht erforscht seien. Ernsthaft erwogen werden müsse außerdem die Möglichkeit, den Verbrauch an Quell- und Grundwasser dadurch zu reduzieren, daß man Industrie- und Brauchwasser aus Flüssen nehme.

Prof. Botho Boehnke, Aachen, betonte, „jede Luftverschmutzung sei gleichzeitig Wasserverschmutzung, weil der Regen den Dreck aus der Luft herauswäscht und mit ins Grundwasser nimmt“.

Fall Iglesias: Täter schweigen sich aus

Madrid (dpa). Eine Woche nach dem Verschwinden von Dr. Julio Iglesias Puga, dem Vater des spanischen Schlagers Julio Iglesias, fehlte gestern noch jede Spur von ihm.

Carlos, der ältere der beiden Söhne des Gynäkologen Dr. Iglesias, erneuerte am Dienstag über

den spanischen Rundfunk seinen Appell an die mutmaßlichen Entführer, ein Zeichen zu geben, anzurufen und zu sagen, daß es dem Vater gut gehe. Ein erster Appell war am Sonntag ergangen.

„Bis jetzt hat es keinerlei Mitteilung gegeben, weder telefonisch noch brieflich, noch sonstige“, wiederholte Carlos, der sich in Erwartung eines Lebenszeichens seit Tagen kaum vom Telefon in der Madrider Wohnung des Vaters entfernte.

Schlaf kann keine Promille fortzaubern

Abbau dauert Stunden

München (dpa). Wer sich nach einem feuchtröhlichen Karnevals- oder Faschingsvergengen nur ein paar Stunden Schlaf gönnt, um dann mit dem Auto zur Arbeit zu fahren, riskiert seinen Führerschein.

Diese Warnung richtete der Deutsche Touring Automobil Club (DTC) am Dienstag in München an die Autofahrer. Trotz Schlafpause wird der Promillewert in aller Regel noch weit über der 0,8-Promille-Grenze, in vielen Fällen sogar über 1,3 Promille liegen.

Wissenschaftliche Untersuchungen haben ergeben, daß sich nach Trinkende der Blutalkohol pro Stunde nur um etwa 0,1 bis 0,15 Promille verringert. Wer nach einem Tanzabend mit mehr als zwei Promille nach Hause zurückkehrt, braucht also fast 24 Stunden, bis er wieder vollkommen nüchtern ist.



Auf der Flucht vor dem Hochwasser

wurde dieser 1000-Tonnen-Frachter auf dem Main bei Kreuzwertheim unterhalb der Taubermündung zur unfreiwilligen Talsperre. Wegen der steigenden Fluten wollte der Kapitän die „Karl-Heinz“ in der Taubermündung drehen, wurde jedoch von der starken Strömung in schmaleres Gewässer gedrückt. Durch das Anheben des Wasserstandes mittels Schleusen konnte das feststehende Schiff wieder flottgemacht werden. (dpa/upi-Funkbild)